

SITZUNGSNIEDERSCHRIFT

Gremium		
Rat der Stadt Schwelm		
Sitzungsort Sitzungssaal, 2. OG, VG I, Hauptstraße 14, 58332 Schwelm		
Datum 13.02.2020	Beginn 17:00 Uhr	Ende 20:20 Uhr

Zur heutigen Sitzung sind folgende Damen und Herren ordnungsgemäß eingeladen worden und sind anwesend:

Mitglieder

Bosselmann, Ralf
Christoforidou, Elissavet
Hortolani, Frauke, Dr.
Kaufmann, Michaela, Dr.
Kick, Hans-Werner bis TOP 10
Kirschner, Thorsten ab TOP 8
Philipp, Gerd
Philipp, Sylvia, Dr.
Schier, Klaus Peter
Tempel, Gabriele
Wapenhans, Detlef
Weidner, Johnnie
Burbulla, Johanna
Flüshöh, Oliver
Happe, Andreas bis TOP 10
Heinemann, Manfred
Kampschulte, Matthias
Lusebrink, Hans-Otto
Müller, Michael
Nockemann, Frank
Sartor, Christiane
Thier, Heinz Georg
Zeilert, Hans-Jürgen
Beckmann, Philipp J.
Meckel, Klaus
Pfeffer, Jörg bis TOP 11
Gießwein, Brigitta
Gießwein, Marcel
Weidenfeld, Uwe bis TOP 10
Bockelmann, Christian, Dr.
Garn, Elke
Kranz, Jürgen
Feldmann, Jürgen
Lubitz, Eleonore
Stutzenberger, Olaf
Schulz, Jürgen

Vorsitzende

Grollmann-Mock, Gabriele

Sitzungsteilnehmer/innen von der Verwaltung

Guthier, Wilfried
Michaelis, Sandra
Mollenkott, Marion
Neumann, Waltraut
Nowack, Simon
Peters, Hildegard
Rath, Christiane
Rudolph, Heike
Rüth, Christian
Schweinsberg, Ralf
Striebeck, Thomas

Schriftführer/in

Liebscher, Sybille

Abwesend:

Mitglieder

Lenz, Heinz-Jürgen
Schwunk, Michael

Vor Eintritt in die Tagesordnung verliest Frau Grollmann-Mock die Namen der im letzten Jahr verstorbenen Mandatsträger/innen und Kolleginnen und Kollegen der Stadtverwaltung Schwelm, soweit die Verwaltung von deren Ableben erfahren hat und bittet die Anwesenden, sich für eine Schweigeminute von ihren Plätzen zu erheben.

A Öffentliche Tagesordnung

- | | | |
|-----|---|----------|
| 1 | Eröffnung der Sitzung und Begrüßung durch die/den Vorsitzende/n | |
| 2 | Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit | |
| 3 | Fragen der Einwohner/innen an Rat und Verwaltung | |
| 4 | Mitteilungen der Bürgermeisterin | |
| 5 | Haushalt | |
| 5.1 | Bekanntgabe von Haushaltsüberschreitungen | 006/2020 |
| 5.2 | Änderung der Bezeichnung: Überplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen im Produktbereich 06 - Jugendhilfe | 013/2020 |
| 5.3 | Elektronische Fassung Haushaltsplan 2020 | 008/2020 |
| 5.4 | Genehmigung der Fortschreibung 2020 des Haushaltssanierungsplans | 009/2020 |
| 5.5 | Ausbau der Rheinischen Straße und Loher Straße | 021/2020 |
| 6 | 2. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung | 007/2020 |
| 7 | wurde abgesetzt - Stellenausschreibung technischer Beigeordneter | |
| 8 | Zentralisierung | |
| 9 | Kesselhaus | |
| 10 | Antrag der Fraktion SWG/BfS zur neuen Mitte vom 24.01.2020 | 011/2020 |
| 11 | Breitbandausbau und Digitalisierung - Förderprogramme | |
| 12 | Fragen / Mitteilungen des Rates an die Verwaltung | |

Frau Grollmann-Mock spricht traditionell allen Ratsmitgliedern, die seit der letzten Ratssitzung Geburtstag hatten, nachträgliche Geburtstagsglückwünsche aus..

A Öffentliche Tagesordnung

1 Eröffnung der Sitzung und Begrüßung durch die/den Vorsitzende/n

Anschließend eröffnet Frau Grollmann-Mock die heutige Sitzung.

2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Sie stellt fest, dass form- und fristgerecht zur heutigen Sitzung eingeladen worden sei und Beschlussfähigkeit vorliege.

Zur Tagesordnung gibt Frau Grollmann-Mock folgende Hinweise:

- Absetzung TOP 7 „Stellenausschreibung technischer Beigesetzter“ - Analog zum Hauptausschuss
- Änderung der Bezeichnung des TOP 5.2. in „Überplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen im Produktbereich 06 – Jugendhilfe“
- Neuaufnahme TOP 5.5 „Ausbau der Rheinischen Straße und Loher Straße“ als Unterpunkt des Themenkomplex 5

Fragen und Einwände stellt Frau Grollmann-Mock nicht fest und lässt über die geänderte Tagesordnung abstimmen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

3 Fragen der Einwohner/innen an Rat und Verwaltung

Herr Dr. Koch bezieht sich auf den Antrag der Fraktion SWG/ BfS und fragt, ob die 32.6 Millionen noch gelten. Weiter verlange er Auskunft über die Gewerbeflächen und den Termin- und Kostenplan, gerne auch im Konzeptstatus.

Herr Schweinsberg antwortet, dass die Verwaltung die Frage nicht ad hoc beantworten könne, dies aber gerne per Mail täte. Hinsichtlich der 32.6 Millionen liege keine andere Erkenntnis vor. Die Ermächtigungsgrundlage des Rates belaufe sich auf eben die 32,6 Millionen.

4 Mitteilungen der Bürgermeisterin

Die Verwaltung teilt mit, dass der Zuwendungsbescheid für den Heimatpreis vorliege. Damit gebe Verwaltung auch die Mittel für den Integrationspreis frei.

Die Parteienkomponente sei seitens der Verwaltung freigegeben und könne von den Parteien genutzt werden. Die Administration obliege den Parteien selbst und nicht der Verwaltung.

Die Schaffung der Stelle in der ARGE ist das Ergebnis einer gemeinsamen Aktion in verschiedenen Gremien. Die Stelle sei im Haushalt eingespielt und könne ab nächster Woche ausgeschrieben werden. Die Verwaltung zeigt sich zuversichtlich, neue Aktionen aufzulegen, wie zum Beispiel das Museumsgespräch.

Frau Dr. Michaelis berichtet über ihre Arbeit als Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Schwelm.

5 Haushalt

5.1 Bekanntgabe von Haushaltsüberschreitungen 006/2020

Die Haushaltsüberschreitungen wurden zur Kenntnis genommen.

5.2 Änderung der Bezeichnung: Überplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen im Produktbereich 06 - Jugendhilfe 013/2020

Herr Schweinsberg erläutert, dass es sich nicht um eine echte Haushaltsüberschreitung handle, da die Mittel vollständig gedeckt seien. ES habe sich gezeigt, dass sich die knappe Kalkulation gerechnet habe.

Beschlussvorschlag:

Bei der Haushaltsstelle 06.03.03.533200 – Soziale Leistungen an natürliche Personen in Einrichtungen – werden überplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen in Höhe von 468.471,95 € für das Haushaltsjahr 2019 bewilligt.

Die Deckung wird in voller Höhe durch unten aufgelistete Mehrerträge/ -einzahlungen erfolgen.

Haushaltsstelle	Bezeichnung	Mehrerträge
06.01.02.414100	Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke vom Land	319.885,83 €
06.01.03.414100	Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke vom Land	148.586,12 €
Summe:		468.471,95 €

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	<input checked="" type="checkbox"/>
----------------------	-------------	-------------------------------------

5.3 Elektronische Fassung Haushaltsplan 2020 008/2020

Die elektronische Fassung des Haushaltsplans wurde zur Kenntnis genommen.

5.4 Genehmigung der Fortschreibung 2020 des Haushaltssanierungsplans 009/2020

Die Verwaltung teilt mit, dass die Genehmigungsverfügung keine größeren Überraschungen enthalten habe.

5.5 Ausbau der Rheinischen Straße und Loher Straße 021/2020

Herr Guthier führt aus, dass die Verwaltung mit dieser Vorlage beabsichtige einen Ausbaubeschluss nachzuholen. Dies stehe im Zusammenhang mit dem KAG. Die Förderungsrichtlinien lägen noch nicht vor, allerdings bilde dieser Beschluss die Grundlage der Förderung. Die Chancen, die dieser Beschluss eröffne, sollten genutzt werden.

Herr Kranz bestätigt, dass die Unterlagen sehr detailliert gewesen seien. Trifft es zu, dass die Rheinische Straße zur Sackgasse werde?

Herr Guthier antwortet, dass man bewusst alles in der Vorlage aufgepfirht habe, da die konkreten Förderrichtlinien nicht bekannt seien.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor, so dass Frau Grollmann-Mock zur Abstimmung aufruft.

Beschluss:

Der Rat beschließt den Ausbau der Rheinischen Straße/Loher Straße wie in dieser Vorlage beschrieben und entsprechend den als Anlagen beigefügten Ausführungsplanungen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

6 2. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung 007/2020

Herr Beckmann bezieht sich auf die Diskussion im Hauptausschuss und wird dagegen stimmen. In der Vorlage sieht er eine Vorwegnahme, da zunächst hatten die Aufgaben bekannt sein müssen, die von den technischen Betrieben auf die Stadt übertragen werden. Er und seine Fraktion haben den Eindruck, dass hier Posten eingerichtet werden sollen, um die Mehrheitsverhältnisse zu wahren. Wenn sehe er diese Angelegenheit originär im neuen Rat als Aufgabe des neuen Bürgermeisters.

Herr Flühshöh zitiert einen Presseartikel vom 13.2. aus dem hervorgehe, dass Teile der technischen Betrieben zurückgeholt werden und der Vorstand in den Ruhestand gehe. Die Wahl des neuen Rates sei am 13. September und die konstituierende Sitzung des neuen Rates im November 2020. Dies bedeute ein zu enges Zeitfenster. Daher halte die CDU Fraktion es für richtig, diese Stelle zu schaffen.

Die Stadt Schwelm sei damit nicht anders als andere Städte aufgestellt. Er halte es für einen richtigen Weg. In der heutigen Sitzung werde lediglich die Hauptsatzung geändert, die den Weg öffne. Dem neuen Rat obliege dann gemeinsam mit dem neuen Bürgermeister das Stellenbesetzungsverfahren. ES sei weiter unschädlich, den Prozess im Juni auf den Weg zu bringen. Damit seien die Rahmenbedingungen gesetzt, in denen dann die Umsetzung von Anfang an begleitet werden könne. Von Mauschelei, wie in der Presse geäußert könne keine Rede sein, zumal dieser Rat es nicht mehr entscheiden werde. Diese stelle berge die Chance, dass die Kommunikation zwischen Verwaltung und Politik noch besser laufen werde. Es bedeute auch mehr Stabilität in der Verwaltung. Er und seine Fraktion verfolge damit den Ansatz, dass Parteien und Wählergruppen eine feste Anlaufstelle in der

Verwaltung haben, die manche langwierige Diskussion in den Gremien ersparen könne und sich auf wesentlichere Dinge konzentrieren lassen könne.
Als ehrenamtliche Politiker bräuchte man öfter Hintergrundinfos, um Dinge verstehen zu können. Es sei ausdrücklich nicht Ziel, diese Stelle zwingend parteipolitisch zu besetzen. Diese Stelle sollte eher ein Brückenbauer sein. Brückenbauer seien Beigeordnete oder Führungskräfte, die in den Fraktionen vertrauen besäßen.
Herr Beckmann nimmt die letzten Worte des Herrn Flühöh auf und stellt heraus, dass mit der Aussage Herr Flühöh seinen politischen Stil offen lege. Es zeige, wie Absprachen durchgesetzt werden sollen.

Frau Lubitz werde zustimmen. Beide Abgeordnete sollen dann aber allen Parteien und Wählergruppen Auskunft geben und nicht nur einzelnen Parteien.

Herr Feldmann kann die Argumente der CDU Fraktion nachvollziehen, erinnert sich aber an genau die gleichen Argumente, die seinerzeit zu einer Abschaffung geführt haben. Für ihn spiele das Parteibuch schon eine erhebliche Rolle, wenn man Einfluss in die Verwaltung nehmen wolle. Er werde dennoch zustimmen.

Frau Grollmann - Mock ruft zur Abstimmung auf.

Beschluss:

Die Änderung der Hauptsatzung der Stadt Schwelm vom 23.03.2010 in der Fassung der ersten Änderungssatzung vom 30.05.2011 wird wie in der Anlage 1 zur Vorlage 007/2020 vorgeschlagen, beschlossen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	30
	dagegen:	3
	Enthaltungen:	3

7 wurde abgesetzt - Stellenausschreibung technischer Beigeordneter

wurde zu Beginn der Sitzung abgesetzt

8 Zentralisierung

Herr Beckmann fragt, ob es eine Konkretisierung zu den Stellflächen gebe.

Herr Guthier antwortet, dass ein Stellplatzgutachten nach neuer Stellplatzverordnung gemacht worden sei. Das Gutachten werde zum Gegenstand den Bauantrag mit dem Vorbehalt machen, dass die Verortung später erfolgen könne.

9 Kesselhaus

Die Verwaltung teilt mit, dass der Arbeitskreis Kesselhaus sich am Rosenmontag mit dem Thema, unter anderen auch der Bürgerbeteiligung beschäftigen werde.

Herr Feldmann fragt, ob die Besetzung des Arbeitskreis Kesselhaus identisch mit dem Arbeitskreis Zentralisierung sei.

Frau Grollmann-Mock sagt eine Übersendung der Mitglieder zu.

Herr Beckmann führt aus, dass das schon etwas konkretisiert sein sollte. Hier scheine ein Arbeitskreis parallel zu einem anderen zu laufen. Er und seine Fraktion unterstütze die NICHTöffentlichkeit nicht.

Herr Schweinsberg vertritt die Auffassung, dass die Verwaltung jederzeit zu Arbeitskreisen einladen könne. Arbeitskreise seien keine offiziellen Gremien, die durch den Rat beschlossen werden müssten. ER stellt heraus, dass es sich hier nicht um Beschlussgremien handele. Auch er bestätigt, dass die Verwaltung die Besetzung nachliefern werde.

Herr Weidenfeld führt aus, dass er schon länger Probleme mit sogenannten Arbeitskreisen habe. Eine Teilnahme sei aufgrund der Sitzungszeiten in der Freistellung nicht ohne weiteres möglich. Damit seien Interessierte ausgegrenzt und Entscheidungen werden verzerrt. Er persönlich habe schon den Eindruck, dass sich durch die Arbeitskreise im Vorfeld Meinungen manifestieren. Er finde auch bedenkenswert, dass die Zahl und Sitzungen der Fachausschüsse nicht ausreiche.

Herr Flüshöh entgegnet, dass es in anderen Verwaltungen üblich sei, dass die Verwaltung Vorlagen vorbereite, die dann durch Ergebnisse der politischen Diskussion zurückgeholt und bearbeitet werden müssen. Daher gehe man in Schwelm den anderen Weg über die Arbeitskreise, in denen beschlussreife Vorschläge erarbeitet werden. Durch die Diskussion im Arbeitskreis könne man sich politisch vor der Einbringung der Vorlagen annähern und „Probleme“ könne man vorher beseitigen. Hinsichtlich der Bürgerbeteiligung sieht er es als ausreichend, die Bürgerinnen und Bürger bei den dann wichtigen Entscheidungen zu beteiligen.

Herr Schweinsberg ergänzt, dass Arbeitskreise nicht mit Bürgerbeteiligung verwechselt werden dürfen. Zu Herrn Weidenfeld gerichtet sagt er, dass Termine bürgerfreundlich auf 17:00 Uhr gelegt seien, was am Beispiel Lindenstraße nachvollziehen könne. An das Gremium gerichtet äußert er, dass Bauanträge eher im Liegenschaftsausschuss beraten werden müssen, aber man über einen Beschluss verfüge, dass das Thema der Zentralisierung im Hauptausschuss beraten werde.

Herr Feldmann sagt, dass das Thema der Öffentlichkeit für ihn immer ein Thema bleiben werde. Aus seiner Sicht dürfe in keine Vorlage stehen „Laut Beschlusslage des Arbeitskreis Zentralisierung“, da Arbeitskreise eben kein Beschlussgremium seien. Er befürchtet, dass wenn der Weg so weiter gehe, man politisch mit einer Vielzahl von Arbeitskreisen überhäuft werde.

Die Politik mache sich über den Weg der Arbeitskreise zum Primus über die Bevölkerung indem sie entscheide, was wichtig sei und was nicht.

Er sieht die Beteiligung der Bevölkerung nicht gegeben, wenn Entscheidungen im Arbeitskreis vorberaten und dann in den Entscheidungsgremien durchgestimmt werden.

Herr Weidenfeld äußert im Abschluss na die Aussprache nochmals, dass er eine Benachteiligung sehe, wenn die Sitzungen der Arbeitskreise zu ungünstigen Zeiten lägen, die ein Zugang für ehrenamtliche Politiker, da nur über Freiwilligkeit möglich, verhindern..

10 Antrag der Fraktion SWG/BfS zur neuen Mitte vom 011/2020
24.01.2020

Herr Kranz erläutert, dass es sich bei der Vorlage um einen Paradigmenwechsel handele.

Vormals sei auch die SWG/ BfS der Meinung gewesen, dass es einen Einzelhandel brauche. Allerdings zwingen die die neuen Entwicklungen des Einzelhandels zu neuem Denken und Handeln. Ihm sei bewusst, dass die Planungen sehr weit fortgeschritten seien. Dennoch gelte es, jetzt vielleicht mehr Geld in die Hand zu nehmen, um späteren Leerstand zu verhindern.

Hinsichtlich der Fördermittel sieht er schon, dass es durchaus Sinn mache zu bauen, um Fördermittel zu bekommen. Allerdings sei es für ihn keine wirkliche Zentralisierung, wenn es auf zwei Gebäude mit zweimal Unterhaltungskosten hinauslaufe. Im Übrigen bräuchte man weniger Parkplätze, wenn der Einzelhandel dort nicht verortet werden würde. Bezüglich des Kesselhauses sehe er bis heute keine sinnvolle Verwendung. Wenn der Einzelhandel im Kesselhaus mit einer kleineren Fläche angesiedelt werden würde, dann sehe er durchaus eine Return of Invest. Gleichzeitig könne das Problem Einzelhandel, Parkplätze, Kosten und Kesselhaus gelöst werden.

Der Antrag beinhalte auch, dass alle bisherigen Ratsbeschlüsse aufgehoben werden müssen.

Herr Gießwein führt aus, dass die Problemstellung bekannt und nicht neu sei. Man müsse gegebenenfalls über eine Umplanung nachdenken. Mit dem Verzicht auf eine Etage wäre auch der Einzelhandel weg. Auf der anderen Seite könne man nicht jetzt alles kaputt machen. Das neue Kulturhaus mit einem tollen Konzept für Musikschule, Bücherei mit Onlineausleihe und Volkshochschule stelle eine Bereicherung für die Stadt Schwelm dar.

Der vorliegende Antrag würde dies alles negieren. Hier wäre intelligentes Denken angebracht.

Hinsichtlich der Parkplätze werde man in Zukunft wegen der Mobilitätswelle weniger Parkraum in der Innenstadt benötigen. Man rede hier von 15 Parkplätzen, wobei 50 neue geschaffen werden. Man könne gerne inhaltlich über die untere Etage diskutieren. Er und seine Fraktion werden den Antrag ablehnen, aber weiter im Gespräch bleiben.

Herr Beckmann und seine Fraktion sehen die Einzelhandelssituation grundsätzlich kritisch. Es gebe in Schwelm im Einzelhandel erheblichen Leerstand. Daher erachte er die Einzelhandelsfläche nicht als zielführend. Man solle hier die Kosten im Auge behalten. Er zeigt sich davon überzeugt, dass man umplanen könne, wenn es sich zeige, dass das Einzelhandelskonzept nicht mehr zeitgemäß sei. Wenn es keinen Einfluss auf die Kulturfläche habe, könne man die Einzelhandelsfläche in der unteren

Etage verorten. Er und seine Fraktion gehen den Antrag mit, da der Einzelhandel bei der FDP auf der Agenda stehe. Grundsätzlich müsse man über das Erdgeschoss nochmals reden.

Herr Kirschner stellt klar, dass der Antrag der SPD keinen Leerstand befürchte. Man habe Probleme mit einzelnen Objekten, aber kein Problem mit der Attraktivität der Innenstadt an sich. Die Beratungen sollten seiner Meinung nach an anderer Stelle geführt werden.

Herr Weidenfeld sieht für die Innenstadt eine deutliche Steigerung der Aufenthaltsqualität. Der Einzelhandel werde sich deutlich verändern, aber nicht aussterben. Beispielsweise ginge der Online-handel näher an die Kunden. Sicherlich könne man jetzt umdenken, verliere aber mindestens drei Jahre. Man müsse jetzt handeln.

Herr Flüshöh stellt fest, dass Schwelm eine Innenstadt habe, die gut aufgestellt sei. Es sei richtig, dass man sich Gedanken machen müsse, wie die Innenstadt in 10 Jahren aussehe. Dieses wurde aber in der Diskussion über das ISEK beraten werden. Auf bestimmte Flächen muss die Stadt weiter Zugriff haben, um durchzusetzen, was notwendig sei. Diese Steuerungsmöglichkeit sei in der Umbruchsphase enorm wichtig.

Hinsichtlich des Kesselhauses wurden bisher keine Diskussionen in der Öffentlichkeit geführt. Diese müsse aber zunächst geführt werden, bevor man verschiedene Nutzungsmöglichkeiten diskutiere. Die Diskussion mit der Öffentlichkeit werde zur Zeit vorbereitet. Er und seine Fraktion bleiben bei dem Weg und werden daher den Antrag ablehnen.

Herr Feldmann regt an, die Beschlusspunkte zu trennen und einzeln abzustimmen. Er selbst habe die Rückzugsstrategie der Stadt schon immer kritisch gesehen. Am Bahnhofsgebäude sehe man, dass die Folgen der Privatisierung nicht immer die Besten seien. An die übrigen Fraktionen gerichtet sagt er, dass man doch schauen möge, ob man es nicht selbst war, der den Beschluß herbeigeführt habe.

Er stellt den *Antrag auf getrennte Abstimmung*.

Herr Beckmann äußert die Hoffnung, dass alle Flächen von Anfang an vermietet sind, befürchtet aber einen Leerstand. Der Steuerungsaspekt sei nur gegeben, wenn „das Kind schon in den Brunnen gefallen“ sei.

Herr Kranz führt in Richtung des Herrn Gießwein aus, dass man sich bei den Parkplätzen nicht einig werde. Er begründet nochmals seinen Antrag. Die ursprüngliche Planung habe eine echte Zentralisierung vorgesehen. Erst im Planungsprozess sei erkannt worden, dass die Bauweise zu dicht sei. Die Verwaltung bestätigte die Aussage des Herrn Kranz.

Herr Schweinsberg bestätigt, dass zunächst das Grundstück gekauft worden sei. Danach sei ein Massemodell gerechnet worden, bei der die Mehrheit sich dafür ausgesprochen habe, dass es nicht „so schön“ sei. Der Ausbau der Villa X-try sei nicht weiterverfolgt worden, da die Bausubstanz es nicht hergegeben habe. Erst danach sei ein neues Gebäude gerechnet worden, was die mehrheitliche Zustimmung dieses Gremiums gefunden habe.

Bei nur einem Gebäude wäre eine Förderung nicht möglich gewesen. Bei mehreren schon.

Es sei richtig, dass im Bezug auf das Kesselhaus die Öffentlichkeit beteiligt werden müsse. Noch sei aber die Verwaltung nicht soweit. Es sei auch keine Wirtschaftsförderung, Billigdiscounter auf der Fläche des Einzelhandels anzusiedeln. Der vorliegende Antrag bedeute die Vernichtung des Kulturkonzeptes.

Frau Lubitz werde dagegen stimmen, da der Antrag die Bürgerbeteiligung vorwegnehme.

Herr Flühöh gibt zu Bedenken, dass das Gebäude 25 – 30 Jahre stehe und es klug sei, wenn die Stadt ein Zugriffsrecht auf neuralgische Punkte zu haben. Dies betreffe auch das Bahnhofsgebäude.

Herr Kranz ändert seinen Antrag und streicht Punkt 2 des Beschlussvorschlages.

Frau Grollmann-Mock ruft zur Abstimmung auf.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Schwelm beschließt, alle Planungen zum Bau des Kulturhauses einzustellen und stattdessen Bücherei, Musikschule und VHS im Erdgeschoss des neuen Rathauses unterzubringen..

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	7
	dagegen:	30
	Enthaltungen:	0

11 Breitbandausbau und Digitalisierung - Förderprogramme

Herr Nowack – Stabstelle Wirtschaftsförderung präsentiert Ergebnisse zum Breitbandausbau und Digitalisierung. Die Präsentation ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Es wird an die Verwaltung appelliert, es in die entsprechenden Fachausschüsse einzubringen. Frau Grollmann –Mock sichert dies zu.

12 Fragen / Mitteilungen des Rates an die Verwaltung

keine

Unterschriften zu den Seiten 1 bis 12 der Sitzungsniederschrift vom heutigen Tage.

Schwelm, den 01.10.2020	Schritfführerin gez. Liebscher	Die Bürgermeisterin gez. Grollmann-Mock
-------------------------	--------------------------------------	---